

**Beschluss-  
Sammlung  
Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin**



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
zur aktuellen verkehrspolitischen Lage

Herr Staatssekretär Jörg Hennerkes erstattet in Vertretung von Bundesminister Wolfgang Tiefensee den Bericht zur aktuellen verkehrspolitischen Lage.

Der Bericht wird erörtert; Beschlüsse werden nicht gefasst.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 2.1 der Tagesordnung:

Vorbereitung der Revision nach RegG

1. Die Verkehrsministerkonferenz bekräftigt ihren Beschluss vom 12. März 2006. Der Bedarf an Regionalisierungsmitteln soll in der gesetzlich vorgeschriebenen Revision mit Wirkung ab dem Jahr 2008 ermittelt werden. Mit dem Verzicht auf die Dynamisierung im Jahr 2007 tragen die Länder zur Haushaltsentlastung des Bundes bei.
2. Die Länder legen die Verwendung der Regionalisierungsmittel absprachegemäß für die Periode 2002 – 2005 offen. Auf dieser Basis stellt die Verkehrsministerkonferenz fest, dass die Verwendung der Regionalisierungsmittel voll im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist des Regionalisierungsgesetzes steht.

Darüber hinaus dokumentieren die Länder ihren künftigen Bedarf anhand der für die Zukunft eingegangenen vertraglichen Bindungen bzw. anhand ihrer mittelfristigen Finanzplanung. Daraus ergibt sich, dass Kürzungen an Regionalisierungsmitteln zwangsläufig zu Lasten der Qualität des ÖPNV gehen und damit den bisher erreichten hohen Stand gefährden würde.

Die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz wird gebeten, die Tabellen der Länder über die Verwendung der Regionalisierungsmittel dem Bund zu übergeben.

3. Die Verkehrsministerkonferenz schlägt dem Bund vor, unverzüglich mit der Vorbereitung des Revisionsverfahrens für die Bemessung der Regionalisierungsmittel ab dem Jahr 2008 zu beginnen. Zugleich sollte das Regionalisierungsgesetz entsprechend der

vom Bundesrat am 7. April 2006 bei Ziffer 6 beschlossenen Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz geändert werden.

4. Die Verkehrsministerkonferenz beauftragt die Gemeinsame Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder, die Kriterien für die durch die Länder zu finanzierenden Aufgaben und die Bemessung des Bedarfs einschließlich der Kostenentwicklung festzulegen und mit dem Bund abzustimmen.
5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zeitnah zu Gesprächen einzuladen, um im Vorfeld eines ggf. erforderlichen Vermittlungsverfahrens zum Haushaltsbegleitgesetz 2006 die weitere Vorgehensweise zu erörtern.

Die Verkehrsministerkonferenz wird vertreten durch:

Frau Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (Berlin)

Herrn Staatsminister Thomas Jurk (Sachsen)

Herrn Minister Dr. Karl-Heinz Daehre (Sachsen-Anhalt)

Herrn Minister Oliver Wittke (Nordrhein-Westfalen)

(fachliche Beratung durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises "Bahnpolitik",

Herrn MDgt Dieter Wellner)

Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 2.2 der Tagesordnung:

Privatisierung der DB AG

1. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass
  - die Länder als Besteller des Nahverkehrs insbesondere im Hinblick auf die Sicherstellung von Bestand und Leistungsfähigkeit des Netzes von einer Privatisierung der DB AG in erheblichem Maße betroffen sind,
  - sie deshalb in die Verhandlungen zwischen Bund und DB AG zu der notwendigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung eng einzubinden sind,
  - je nach konkreter Ausgestaltung eine Regionalisierung der Schieneninfrastruktur erschwert oder unmöglich gemacht würde,
  - je nach konkreter Ausgestaltung sich der Einfluss des Kapitalmarktes auf die Infrastruktur zu Lasten des Verkehrsangebotes auswirken kann, was zu vermeiden ist.
2. Die Verkehrsministerkonferenz stellt ferner fest, dass insbesondere folgende Fragen noch weitgehend ungeklärt sind:
  - Haushaltsrisiken für die Länder,
  - Tatsächlicher Wert und Zustand des Anlagevermögens (Qualität des Schienennetzes und der Bahnhöfe),
  - Umfang des aus Gründen des Gemeinwohls und der Daseinsvorsorge bereitzustellenden Netzes,

- Sicherstellung der erforderlichen verkehrspolitischen Einflussmöglichkeiten für die Länder nach einer Privatisierung.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, bei den weiteren Beratungen über die Privatisierung der DB AG die genannten Anliegen der Länder zum Schienennetz zu berücksichtigen und die Länder bereits im Vorfeld der erforderlichen Bundesratsbeteiligung in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.  
  
Ferner bittet die Verkehrsministerkonferenz die Bundesregierung, zunächst die in Ziffer 1 und 2 dargelegten – teilweise auch im Bericht des Bundesrechnungshofes vom 8. März 2006 angesprochenen – Punkte zu klären, bevor eine Grundsatzentscheidung über Art, Umfang und Zeitpunkt der Privatisierung getroffen wird. Gerade im Hinblick auf die Irreversibilität einer Privatisierung kann für diese Option nicht ohne ausreichende Entscheidungsgrundlage votiert werden. Schließlich müssen bei der Entscheidung auch die Ziele und Vorgaben der Bahnreform berücksichtigt werden.
  4. Angesichts der Bedeutung der Thematik vereinbart die Verkehrsministerkonferenz in Abhängigkeit vom weiteren Verlauf des parlamentarischen Verfahrens im Bundestag, erforderlichenfalls in einer Sondersitzung der Verkehrsministerkonferenz die möglichen Konsequenzen einer Kapitalprivatisierung der DB AG zu erörtern. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Gemeinsame Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder, hierzu einen Bericht zu erarbeiten.
  5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Arbeitskreis "Bahnpolitik" über die weiteren Maßnahmen zu unterrichten.

Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bewältigung der verkehrlichen Anforderungen im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2006

Herr Horst R. Schmidt, 1. Vizepräsident des Organisationskomitees WM 2006, und Herr Dr. Karl-Geert Kuchenbecker, Länderkoordinator für die Fußballweltmeisterschaft 2006, erläutern die verkehrlichen Vorbereitungen zur Fußballweltmeisterschaft 2006.

Herr Schmidt dankt den Ländern für die hervorragende Zusammenarbeit und insbesondere Herrn Dr. Kuchenbecker ausdrücklich für seine hervorragende Arbeit als Länderkoordinator.

Die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz dankt ihrerseits Herrn Schmidt und Herrn Dr. Kuchenbecker für die intensive Kooperation mit den Ländern.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 4.1 der Tagesordnung:

Überprüfung des Sanktionsniveaus für Verkehrsverstöße

1. Die Verkehrsministerkonferenz hält eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit für notwendig. Zwar ist es in den vergangenen Jahren gelungen, erhebliche Erfolge insbesondere im Hinblick auf den erreichten Tiefststand bei der Anzahl tödlicher Verkehrsunfälle zu erzielen, eine weitere positive Beeinflussung des Unfallgeschehens erscheint aber erreichbar. Ein Mittel kann hierzu auch die Erhöhung des Sanktionsniveaus für schwere Verkehrsverstöße, die Hauptunfallursachen darstellen, sein.
2. Die Verkehrsministerkonferenz tritt vor diesem Hintergrund dafür ein, dazu gemeinsam mit der Innenministerkonferenz auch weitere Maßnahmen eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, wie z. B. die Intensivierung der Verkehrsüberwachung, zu erörtern und in der nächsten Verkehrsministerkonferenz darüber zu beschließen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz ist sich darin einig, dass die Einnahmen aus behördlichen Verwarnungs- und Bußgeldverfahren für Zwecke der Verkehrssicherheit eingesetzt werden sollen.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Finanzministerkonferenz, die Innenministerkonferenz und die Justizministerkonferenz, den Beschluss zu unterstützen.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 4.2 der Tagesordnung:

Fahrerlaubnisrecht: Anerkennung US-amerikanischer Fahrerlaubnisse in Deutschland

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.

Sie begrüßt, dass es zu weiteren Fortschritten bei der Anerkennung der Fahrerlaubnisse amerikanischer Staatsbürger in Deutschland und deutscher Staatsbürger in den USA gekommen ist und erwartet dies auch für die Zukunft. Sie teilt auch die Auffassung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dass die Handhabung der Umschreibung US-amerikanischer Fahrerlaubnisse in Deutschland - auch nach den Ereignissen des 11. September 2001 - nicht zu faktischen Benachteiligungen deutscher Staatsangehöriger in den USA führen darf.

Sie hält einen einheitlichen Verwaltungsvollzug bei der Anerkennung US-amerikanischer Fahrerlaubnisse in Deutschland für notwendig, bei dem das Gegenseitigkeitsprinzip beachtet wird.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 4.3 der Tagesordnung:

Zulassung von modularen Nutzfahrzeugkonzepten

1. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Zunahme des Güterverkehrs begrüßt die Verkehrsministerkonferenz, dass sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Themas "Modulare Nutzfahrzeugkonzepte" angenommen hat und sich damit intensiv auseinander setzt.
2. Die Verkehrsministerkonferenz hält es für geboten, die Auswirkungen derartiger Fahrzeugkonzepte auf die Straßeninfrastruktur, das Unfallgeschehen sowie die Wirtschaftlichkeit des Verkehrs einschließlich konkurrierender Verkehrsträger zu untersuchen, bevor im Wege von Ausnahmegenehmigungen über eine generelle Zulassung über den Einsatz derartiger Fahrzeugkonzepte auf den deutschen Straßen entschieden wird. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, zeitnah über die Ergebnisse der eingeleiteten Untersuchung zu berichten.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 5 der Tagesordnung:

Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur verschärften Zwangsgeldpraxis der EU-Kommission zur Kenntnis.
2. Auf Grund der verschärften Zwangsgeldpraxis auf EU-Ebene bedarf es verstärkter Anstrengungen bei verfristeten Richtlinienumsetzungen bzw. bei Richtlinienumsetzungen, bei denen eine Verfristung droht.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, bei von den Ländern umzusetzenden EU-Richtlinien des Bereichs Verkehr rechtzeitig (spätestens ein Jahr) vor Ablauf der Umsetzungsfrist die Verkehrsministerkonferenz zu informieren und die erforderlichen Modalitäten der Umsetzung in der Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder zu besprechen.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 6.1 der Tagesordnung:

Luftreinhaltepolitik im Bereich des motorisierten Straßenverkehrs – Mautspreizung zu Gunsten schadstoffarmer Nutzfahrzeuge

1. Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt den Beschluss der Umweltministerkonferenz, mit dem die Bundesregierung gebeten wird, im Vorgriff auf die neue EU-Wegekostenrichtlinie die notwendigen Vorbereitungen für eine Umsetzung der erweiterten Möglichkeiten für eine stärkere Mautspreizung zu Gunsten schadstoffarmer Nutzfahrzeuge zu treffen. Die Forderung nach einer stärkeren Mautspreizung entspricht der Beschlusslage in der Verkehrsministerkonferenz.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Bundesregierung darauf zu achten, dass die Nutzung des größeren Handlungsspielraums, den die neue Wegekostenrichtlinie bei der Differenzierung der Mautsätze bietet, im europäischen Maßstab wettbewerbsneutral erfolgt und unzumutbare Belastungen für das heimische Gewerbe vermieden werden. Zu beachten sind ebenso unerwünschte Auswirkungen durch Verkehrsverlagerungen auf das nachgeordnete Straßennetz.
3. Die Verkehrsministerkonferenz betont die verkehrspolitischen Intentionen der Lkw-Maut. Sie weist darauf hin, dass bei einer Differenzierung der Mautsätze nicht nur umweltpolitische Aspekte, sondern auch verkehrliche Zielsetzungen der Lenkung und Steuerung des Verkehrsaufkommens zunehmende Bedeutung erlangen. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Möglichkeiten der Mautdifferenzierung im Gesamtzusammenhang umwelt- und verkehrspolitischer Zielsetzungen zu behandeln und dabei ein schlüssiges Konzept zu den gewünschten pretialen Lenkungswirkungen zu entwickeln.

4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihre Vorsitzende, die Umweltministerkonferenz über diesen Beschluss zu unterrichten.

Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 6.2 der Tagesordnung:

eGovernment / Deutschland-Online

Die Verkehrsministerkonferenz teilt die Auffassung der Ministerpräsidentenkonferenz, dass verstärkte Bemühungen bei der Fortsetzung der eGovernment-Strategie "Deutschland-Online" von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich sind.

Der Arbeitskreis der Staatssekretäre für eGovernment ist von der Ministerpräsidentenkonferenz aufgefordert, zusammen auch mit der Verkehrsministerkonferenz einen Aktionsplan zur Vorbereitung der CdS-Konferenz am 18. Mai 2006 zu erarbeiten.

Die Verkehrsministerkonferenz stellt für ihren Verantwortungsbereich fest, dass die Erarbeitung von Aktionsplänen sowie die Benennung weiterer Verwaltungsverfahren für Deutschland-Online mit einem Realisierungshorizont bis zum Jahr 2008 voraussetzt, dass potenzielle Online-Verfahren zunächst sorgfältig und fundiert auf ihre tatsächliche Eignung hin geprüft werden.

Die Verkehrsministerkonferenz beauftragt daher die Gemeinsame Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder, ausgesuchte Verwaltungsverfahren auf ihre Eignetheit hinsichtlich eGovernment zu beurteilen und ihr diese gegebenenfalls für das Projekt Deutschland-Online vorzuschlagen.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 6.3 der Tagesordnung:

Förderung der Verkehrstelematik im Rahmen des Programms  
für Transeuropäische Netze 2007 - 2013

1. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass
  - die Verkehrstelematik im nationalen wie im internationalen Rahmen von erheblicher Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Fernstraßennetze ist.
  - durch die Verkehrstelematik ein wesentlicher Beitrag für eine optimale Nutzung vorhandener Verkehrsinfrastrukturen und damit zur Vermeidung zusätzlicher Investitionserfordernisse geleistet werden kann.
  - die erfolgreiche Zusammenarbeit der auf diesem Gebiet im Rahmen der Projekte Centrico, Connect, Corvette, Serti und Viking engagierten Bundesländer mit den europäischen Nachbarn nicht nur fortgesetzt, sondern möglichst erweitert werden sollte.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bekräftigt vor diesem Hintergrund ihre Beschlüsse vom 14./15. Oktober 2003 und 12./13. Oktober 2004. Sie stellt insbesondere fest, dass eine zielgerichtete Mitarbeit der Länder eine adäquate Förderung im Rahmen des Programms für transeuropäische Netze erfordert.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund daher, sich bei den weiteren Beratungen über das Programm für die Jahre 2007 - 2013 mit Nachdruck im Begleitausschuss für

die Fortführung der Förderung der Straßenverkehrstelematik einzusetzen und eine aktive Rolle bei der Umsetzung der entsprechenden Projekte einzunehmen.

Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 6.4 der Tagesordnung:

Ausbildungskapazitäten im Bereich Schifffahrt an Fach- und Fachhochschulen

Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Minister und Senatoren für Bildung und Wissenschaft der Küstenländer für die Ziele des Maritimen Bündnisses weiterhin einzutreten. Dies bedeutet, dass die Überlegungen der Küstenländer im Hinblick auf das Vorhalten der erforderlichen Fach- und Fachhochschulkapazitäten dem aktuellen Bedarf der maritimen Wirtschaft Rechnung tragen.



Beschluss  
der Verkehrsministerkonferenz  
am 16./17. Mai 2006  
in Berlin

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes - Termine

An die folgenden Termine wird erinnert:

VMK Herbst 2006:

22./23. November 2006 (in Berlin)

vorbereitende GKVS:

25./26. Oktober 2006 (in Berlin)